

1 **Leitantrag des Landesvorstandes zum 25. Landestag der JU Thüringen**

2
3
4 **Medienpolitische Leitsätze der JU Thüringen**

5
6
7 **1. Präambel**

8
9 Mit der Digitalisierung steht die Medienpolitik vor neuen Herausforderungen. Im
10 digitalen Zeitalter werden Vertriebswege vervielfacht und neue Angebote geschaffen. Ziel
11 der künftigen Medienpolitik muss es sein, der Bedeutung der Medien als Kultur- und
12 Wirtschaftsgut gerecht zu werden. Wir wollen eine Medienordnung, die Meinungsvielfalt,
13 Qualität und wirtschaftliches Wachstum garantiert.

14 Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung sind in Artikel 5 des
15 Grundgesetzes geschützt. Sie sind ein besonderes Gut unserer freiheitlich-
16 demokratischen Grundordnung. Die Pressefreiheit zu schützen, ist eine wichtige
17 Staatsaufgabe. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Durchsetzung der Pressefreiheit im
18 internationalen Kontext ein. Meinungs- und Pressefreiheit muss überall auf unserem
19 Globus gelten.

20 Mit den nachfolgenden Thesen wollen wir unsere Vorstellungen für die künftige
21 Medienpolitik in Thüringen und Deutschland darlegen.

22
23 **2. Duales System**

- 24
25 • In Deutschland gibt es seit Jahrzehnten das Nebeneinander von öffentlich-
26 rechtlichem und privatem Rundfunk. Dieses System hat sich bewährt und zeichnet
27 sich durch ein qualitativ hochwertiges Medienangebot aus. Wir sprechen uns klar
28 für den Bestand des dualen Rundfunksystems aus.

29
30 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk:

- 31
32 • Das Markenzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss die Qualität sein.
33 Journalistische Qualitätskriterien haben Vorrang vor Breitenwirkung. Daher gilt für
34 uns: Qualität statt Quote.
35 • Ein weiteres Ausufern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Lasten des
36 Gebührenzahlers, beispielsweise durch zusätzliche Spartenkanäle, darf es nicht
37 geben. Der Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien muss
38 klarer definiert und eingehalten werden. Dabei muss es eine deutliche Abgrenzung
39 zum privaten Rundfunk geben.
40 • Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, insbesondere der MDR, ist aufgefordert, noch
41 bessere jugendgerechte Angebote zu machen. Die Antwort darauf kann nicht ein

- 42 neuer, teurer Jugendkanal sein. Wir wollen ein Hauptprogramm, in dem sich alle
43 Generationen wohl fühlen. Der MDR darf nicht reines „Schunkel-TV“ sein.
- 44 • Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen ihr Programm an ihrem Bildungs- und
45 Informationsauftrag sowie an der Vermittlung von Politik, Kultur, Zeitgeschehen
46 und Werten orientieren. Aufwändige Reportagen, anspruchsvolle Kulturmagazine
47 oder politische Hintergrundberichte dürfen nicht in Spartenprogramme verlagert
48 werden.
 - 49 • Die Landesrundfunkanstalten sind aufgerufen, noch stärker landesspezifische
50 Programme zu entwickeln. Beispielsweise sollten auch sehr wichtige Debatten des
51 Landtags (z.B. Regierungserklärungen zu wichtigen Themen) im MDR übertragen
52 werden.
 - 53 • Die Inhalte des zusätzlichen öffentlich-rechtlichen Onlineangebots müssen strikt
54 programmbezogen bzw. sendungsbegleitend sein, ohne private Anbieter zu
55 benachteiligen. Eine Platzierung der gebührenfinanzierten Inhalte öffentlich-
56 rechtlicher Sender auf Internet-Portalen von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen,
57 die diese kostenlos oder gegen eine unangemessen geringe Gebühr anbieten,
58 schafft nur weitere Wettbewerbsverzerrungen und muss daher unterbleiben.

59

60 Privater Rundfunk

61

- 62 • Auch der private Rundfunk hat eine gesellschaftliche Verantwortung und muss auf
63 Qualität im Programm achten.
- 64 • Wir fordern die Aufhebung der Sperrfrist für Onlineangebote nach 7 Tagen für die
65 Sendeformate der öffentlich-rechtlichen Kanäle.
- 66 • Der Fördertatbestand bezüglich technischer Entwicklungen im
67 Landesmediengesetz sollte um eine Qualitätsförderung für private Medien
68 erweitert werden.
- 69 • Für den privaten Rundfunk sollte es keine weiteren Werbeverbote und
70 Werbebeschränkungen geben.

71

72 **3. Strukturreformen beim Rundfunk**

73

- 74 • Wir unterstützen die neue Haushaltsabgabe als geräteunabhängige Gebühr.
75 Gleichzeitig fordern wir eine Abschaffung der GEZ.
- 76 • Die Kosten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen in Zukunft deutlich
77 transparenter dargestellt werden.

78

79 **4. Printmedien**

80

- 81 • Parteien dürfen keine Zeitungsverleger sein. Zeitungen und Printmedien haben in
82 der Bevölkerung zur Informationsvermittlung eine hohe Akzeptanz. Staatsferne

83 und parteiunabhängige Berichterstattung ist ein essentielles und wichtiges Gut.
84 Unfreie – weil parteigesteuerte - Meinungsbildung sollte z.B. durch deutliche
85 Kennzeichnung bzw.

- 86 • durch eine Bilanz offengelegt werden..
- 87 • Zeitungen und Zeitschriften sind ein wichtiges Kulturgut für unsere Gesellschaft.
88 Es ist daher die Aufgabe der Verlage und der Politik das Bewusstsein hierfür zu
89 stärken. Insbesondere im Bewusstsein der jungen Generation, die gegenwärtig
90 vorrangig mit digitalen Medien aufwächst, muss dieses Verständnis verankert
91 werden.
- 92 • Wichtiges Bindeglied zwischen Zeitungen und Lesern ist die regionale und lokale
93 Berichterstattung. Zeitungsverlage sollten bei allen notwendigen Sparmaßnahmen
94 mit diesem Bereich der Berichterstattung besonders sensibel umgehen.

95

96 **5. Netzpolitik**

97

- 98 • Wir begreifen Netzpolitik als ein eigenständiges Politikfeld mit
99 Querschnittscharakter. Daher sollte innerhalb der Thüringer Landesregierung eine
100 klare Zuständigkeit für den Bereich der Netzpolitik verankert werden. Wir schlagen
101 einen eigenen Staatssekretär für Netzpolitik vor. Alle Maßnahmen im Bereich der
102 Netzpolitik sollen so stärker als bisher gebündelt werden.
- 103 • Die Anstrengungen beim Breitbandausbau müssen weiter intensiviert werden. Ein
104 weiterer Ausbau mit Breitbandinfrastruktur, die langfristig Übertragungsraten von
105 50mbit/s und mehr gewährleistet, ist weiterhin unverzichtbar.
- 106 • Darüber hinaus wollen wir nach estnischem Vorbild die Verfügbarkeit von W-Lan-
107 Hotspots im gesamten Freistaat erreichen. Offene City-W-Lan-Netze sind hierbei
108 nur der erste Schritt. Vernetzung soll Teil unserer Volkskultur werden.
- 109 • Das E-Government im Freistaat muss deutlich ausgebaut werden. Unser Anspruch
110 ist es, dass alle Behördengänge, die heute offline vollzogen werden, künftig auch
111 online möglich sind. Die Landesregierung und der Landtag sollten zudem mit
112 Vorbildcharakter vorangehen und zunehmend papierlos arbeiten. Wir schlagen
113 außerdem ein einheitliches Online-Behördeneinstiegsportal vor, das als zentrale
114 Plattform für die Bürger, ähnlich der einheitlichen Behördenrufnummer 115, dient.
- 115 • E-Demokratie bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Bürgerbeteiligung zu erhöhen.
116 Das Internet ist kein Ersatz für die Teilhabe der Bürger an politischen
117 Entscheidungen, aber eine sinnvolle Ergänzung. Blogs, E-Petitionen oder
118 elektronische Abstimmungen sind nur einige Elemente, die noch stärker von Politik
119 und Regierung genutzt werden sollten.
- 120 • Auch das E-Learning bietet zahlreiche Chancen. Das E-Learning sollte ein
121 Bestandteil der Schulkultur in Thüringen werden. E-Learning mit Whiteboards,
122 Laptops und Tablet-PCs kann den Unterricht erleichtern. Unterrichtsinhalte
123 könnten so jederzeit abgespeichert und synchronisiert werden. Erkrankten
124 Schülern könnte der Unterrichtsstoff einfach nach Hause gesandt werden.
125 Insbesondere für chronisch kranke Schüler wäre dies von Vorteil.
- 126 • Der Schutz des geistigen Eigentums muss auch im digitalen Zeitalter gewährleistet
127 bleiben. Forderungen, das Urheberrecht abzuschaffen, lehnen wir ab. Gleichzeitig

128 setzen wir uns für das Recht auf eine Privatkopie digital gekaufter Inhalte ein.
129 Urheberrechtlich geschützte Leistungen müssen im Internet vergütet werden,
130 sonst untergräbt die Kostenloskultur vieler Internetnutzer die Existenzgrundlagen
131 von Künstlern. Hier ist vor allem die Wirtschaft gefragt, die Bezahlssysteme für
132 Klein- und Kleinstbeträge weiterzuentwickeln und zu vereinfachen. Für uns ist
133 jedoch klar, dass es keine gesetzlichen Internetsperren gegen Nutzer zur
134 Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen geben darf. Wir brauchen hingegen
135 die Stärkung des Bewusstseins für den Wert des geistigen Eigentums in unserer
136 Gesellschaft.

137

138 **6. GEMA**

139

- 140 • Die Tarifreform der GEMA gefährdet das kulturelle Angebot in unserem Land.
141 Sollten tatsächlich die geplanten zwei statt der bislang elf Tarife eingeführt
142 werden, bedeutet dies in Einzelfällen eine Tarifierhöhung um bis zu 2839 Prozent.
143 Es ist kaum vorstellbar, dass Diskotheken oder Tanzschulen diese Steigerung ohne
144 eine deutliche Erhöhung der Preise verkraften können. Neben der kommerziellen
145 Gastronomie wären insbesondere auch die ehrenamtlich tätigen Kultur- und
146 Sportvereine von der Reform betroffen.
- 147 • Da die GEMA trotz eines breiten gesellschaftlichen Widerstandes an ihren Plänen
148 festhält und sachlichen Argumenten scheinbar nicht zugänglich ist, plädieren wir
149 bei einem weiteren Verharren der GEMA dafür, die bisherige Aufsicht durch das
150 Patent- und Markenamt zugunsten eines politischen Kontrollgremiums zu
151 ersetzen, bzw. die GEMA aufzulösen und die Rechtswahrnehmung an eine neu zu
152 gründende, rechtlich und demokratisch legitimierte Institution zu übertragen.

153

154 **7. Medienbildung**

155

- 156 • Die meisten jungen Menschen sind mit dem Umgang moderner Medien bestens
157 vertraut. Ihnen muss nicht das „Anschalten des Rechners“ vermittelt werden,
158 sondern vielmehr der kritische und verantwortungsbewusste Umgang mit digitalen
159 Medien, Onlineinhalten und Onlineangeboten sowie das dosierte Einsetzen von
160 persönlichen Daten. Diese Fragen sollten verstärkten Eingang in den
161 Schulunterricht finden. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Entwicklung von
162 geeignetem Unterrichtsmaterial voranzutreiben und dieses Thema in den
163 Lehrplänen zu verankern. Zudem ist der Kurs Medienkunde in diese Richtung
164 weiterzuentwickeln.
- 165 • Da auch Eltern Verantwortung für den richtigen Umgang ihrer Kinder mit den
166 neuen Medien haben, muss auch deren Medienkompetenz gestärkt werden.
167 Entsprechende Angebote in den Volkshochschulen sollten daher geschaffen und
168 geeignete Leitfäden für Eltern entwickelt werden.
- 169 • In der Lehrerbildung muss die Medienkompetenz einen höheren Stellenwert
170 einnehmen. Wir fordern die Verankerung der Medienkompetenz in der

171 Lehrerausbildung. Darüber hinaus muss es verpflichtende Fortbildungskurse für
172 Lehrer zur Stärkung der Medienkompetenz geben.

- 173 • Der Jugendmedienschutz muss kontinuierlich weiterentwickelt werden. Es gilt vor
174 allem europaweit einheitliche Standards beim Jugendmedienschutz zu entwickeln.

175

176 **8. Medienstandort Thüringen**

177

- 178 • Mit der Ansiedlung des KIKA, dem Kindermedienzentrum sowie dem Filmfestival
179 „Goldener Spatz“ hat sich der Freistaat als Kindermedienland ein klares Profil
180 erworben. Dieses Profil muss durch die Ansiedlung weiterer relevanter TV-
181 Produktionen und Medienunternehmen weiter geschärft werden. Hierzu eignet
182 sich die Stärkung der medienwirtschaftlichen und medienkreativen Ausbildung an
183 den Hochschulen. Sie gilt es auszubauen und zu stärken.

- 184 • Thüringen bietet mit seiner Kultur, seinen schönen Städten und seinen
185 landschaftlichen Reizen eine außergewöhnliche Filmkulisse über den Bereich der
186 Kindermedien hinaus. Ziel muss es sein, weitere TV-Produktionen zu gewinnen.
187 Nicht zuletzt zieht dies weitere positive Effekte, wie für die touristische
188 Vermarktung, nach sich. Wir schlagen einen eigenen „Thüringer Filmförderfond“
189 vor. Dieser könnte sich besonders auf die Unterstützung junger
190 Nachwuchskünstler konzentrieren. Thüringen sollte außerdem prüfen, unter dem
191 Dach der Thüringer Aufbaubank (TAB), ein eigenes Filmförderdarlehensprogramm
192 zu entwickeln.

- 193 • Europa bietet im Bereich der Medienförderung zahlreiche Chancen. Thüringen
194 sollte gerade im Bereich der Medien noch stärker die europäische Vernetzung
195 suchen und europäische Gemeinschaftsproduktionen unterstützen.

- 196 • Die Digitalisierung stellt viele Kinos im ländlichen Raum vor immense Kosten, die
197 teilweise deren Existenz in Frage stellen. Die Landesregierung sollte eine
198 Förderung für kleine Kinos im ländlichen Raum zur Verfügung stellen, um diese bei
199 der technischen Umrüstung zu unterstützen. Ein Kinosterben im ländlichen Raum
200 darf es vor allem unter kulturpolitischen Gesichtspunkten nicht geben.

1 **Architektur der Sicherheitsbehörden bedarf einer Strukturreform**

2
3
4 Hintergrund der Diskussion sind die Pannen bei den Ermittlungen der Sicherheits- und
5 Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) zum Nationalsozialisti-
6 schen Untergrund (NSU). Der Terrororganisation werden bundesweit zehn Morde, mehre-
7 re Sprengstoffanschläge und unzählige Bankraube zur Last gelegt. Das Ausmaß und die
8 Qualität des rechtsextremen Gewaltpotentials in Deutschland sind bestürzend und be-
9 sorgniserregend. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer der Taten der NSU.

10
11 Jede Form von Extremismus will unseren Verfassungsstaat und elementare Verfassungs-
12 prinzipien beseitigen. Extremismus muss daher aktiv bekämpft werden. Wir fordern eine
13 vollständige Aufklärung, wie es zu einem Versagen der Sicherheits- und Strafverfolgungs-
14 behörden kommen konnte. Weiterhin sind alle erforderlichen Unterlagen den parlamenta-
15 rischen Kontrollgremien zur Verfügung zu stellen. Bereits jetzt kann festgestellt werden,
16 dass die Behörden untereinander zu wenig kooperiert haben. Fehler lagen vermutlich vor
17 allem in der Zusammenarbeit aller Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und der
18 Auswahl von V-Männern.

19
20 Mehr Transparenz beim Verfassungsschutz ist dringend erforderlich. Die Öffentlichkeits-
21 arbeit der Behörde muss deutlich verbessert werden. Hierfür sind die erforderlichen Rah-
22 menbedingungen zu schaffen. Die Behörde muss nach wie vor die gesammelten Informati-
23 onen sicher verwahren. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist und bleibt, unseren Verfas-
24 sungsstaat als wehrhafte Demokratie aktiv zu schützen.

25
26 Die JU Thüringen bekennt sich ausdrücklich zur notwendigen Arbeit der Verfassungs-
27 schutzbehörden und lehnt Schnellschüsse zu deren Abschaffung ab. Ebenfalls erteilen wir
28 dem irrsinnigen Vorschlag der Linken zur Errichtung einer Informations- und Dokumenta-
29 tionsstelle anstatt eines Landesamtes für Verfassungsschutz eine klare Absage. Die JU
30 steht für einen Verfassungsschutz, der weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge
31 blind ist, neue Formen extremistischer Bestrebungen wie etwa den Islamismus oder Scien-
32 tology ohne ideologische Scheuklappen beobachtet und die Bevölkerung darüber infor-
33 miert.

34
35 Ein Umbau der Sicherheitsbehörden ist unbedingt erforderlich. Das Kompetenzzentrum
36 gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene ist aber nur ein erster Schritt. Dessen Wirk-
37 samkeit ist zu kontrollieren und eventuell nachzubessern. Die Junge Union fordert ein Ter-
38 rorabwehrzentrum auf Bundesebene, das vorausschauend aus allen Phänomen-Bereichen
39 des politischen Extremismus die Informationen an einem Standort bündelt. Weiterhin for-
40 dert die JU eine gemeinsame Datei für Polizei und Verfassungsschutz, die alle Bereiche des
41 gewaltbereiten Extremismus enthält.

42
43 Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern muss besser abgestimmt werden. Es
44 gibt zudem erheblichen Nachbesserungsbedarf bei der Werbung von V-Leuten. Bei der
45 bekannt gewordenen Operation „Rennsteig“ sind V-Männer von vier verschiedenen Äm-
46 tern im Einsatz gewesen. Es braucht daher eine zentrale Führung von V-Leuten beim Bun-
47 desamt für Verfassungsschutz. Dies könnte auch zukünftige Verbotverfahren erleichtern.
48 Hierbei muss das Bundesamt für Verfassungsschutz eine zentrale Rolle übernehmen.

1 **Grundlagenpapier der JU Thüringen für eine umfassende Funktional- und Verwal-**
2 **tungsreform**

3

4

5 **I. Probleme und Handlungsfelder**

6

7 Notwendiger Konsolidierungsbedarf auf allen Ebenen

8 Mit einer enormen Schuldenlast von 16, 1 Milliarden (Mrd.) Euro im Jahr 2010 zählt Thü-
9 ringen zu den am stärksten verschuldeten Flächenbundesländern Deutschlands. Jeder Thü-
10 ringer muss in Zukunft für im Durchschnitt 7.185 Euro Landesschulden aufkommen. Mit
11 Blick auf die Gesamtverschuldung Deutschlands zeichnet sich ein noch düstereres Bild für
12 kommende Generationen ab. Insgesamt sind Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2010
13 mit ca. 2 Billionen Euro verschuldet und häufen damit rund 18 % mehr Schulden als noch
14 im Jahr 2009 an. Die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände waren Ende 2010 mit
15 2,4 Mrd. Euro verschuldet. Mehr als die Hälfte davon entfielen auf die kreisangehörigen
16 Städte und Gemeinden.

17 Heute schon absehbare Einnahmeverluste, bedingt durch den Wegfall der EU-
18 Regionalfondsmittel (EFRE) ab 2013 mit jährlich 500 Millionen (Mill.) Euro, dem Auslaufen
19 des Solidarpaktes II ab 2020 mit 1,5 Mrd. Euro und dem weiteren Abschmelzen des Länder-
20 finanzausgleichs, bestimmen nachhaltig die zukünftige Thüringer Finanzpolitik und die
21 kommunalen Haushalte. Bis 2020 muss der Freistaat mit rund 20 % weniger Einnahmen
22 auskommen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch jährliche Zinstilgungen in Höhe von
23 600 Mill. Euro.

24

25 Immer weniger Thüringer zu verwalten

26 Der langfristige Bevölkerungsrückgang und der demographische Wandel halten in Thürin-
27 gen bis zum Jahr 2060 unvermindert an. Prognosen zufolge wird das Land bis zum Jahr
28 2020 etwa 200.000 seiner bisher 2,2 Mill. Einwohner (- 9,3 %) verlieren. Im Jahr 2060 wer-
29 den dann noch rund 1,3 Mill. Menschen (- 41 %) in Thüringen leben. Der Bevölkerungsrück-
30 gang trifft den ländlichen Raum früher und spürbarer als die städtischen Ballungsräu-
31 me, deren Geburtendefizit oft noch durch Zuzug ausgeglichen wird. Die Landkreise und
32 Gemeinden werden die damit verbundenen tief greifenden wirtschaftlichen und gesell-
33 schaftlichen Auswirkungen immer stärker zu spüren bekommen.

34

35 Kraftakt Personal- und Versorgungskosten

36 Mit Blick auf den Bevölkerungsrückgang und den künftigen Maßstab für die Aufgabener-
37 füllung ist die Zahl der knapp 64.000 Landesbediensteten auf den Prüfstand zu stellen.
38 Ebenso aber auch der 35.000 Beschäftigten in den Kommunen zu hinterfragen. Zwar ver-
39 fügt der Freistaat einer Studie zufolge mit 1.039 Euro je Einwohner über die fünftniedrigs-
40 ten Personalausgaben in ganz Deutschland, jedoch wird im Vergleich zu westlichen Flä-
41 chenländern überdurchschnittlich mehr Landespersonal vorgehalten. Auf 1.000 Einwohner
42 entfallen derzeit 22,9 Landesbedienstete. Hinzu kommen die stetig wachsenden Versor-
43 gungslasten der Beamten und Richter. Waren im Jahr 2000 noch 11 Mill. Euro dafür aufzu-

44 bringen, so waren es 2010 schon 78 Mill. Euro. Im Jahr 2020 werden diese Ausgaben um
45 das Vierfache auf 312 Mill. Euro ansteigen. Bereits mit dem Haushaltsentwurf 2012 wird
46 die Personalkostenquote um voraussichtlich 30 % ansteigen, Tarifsteigerungen für Ange-
47 stellte und aufzubauende Versorgungsrücklagen nicht mit eingerechnet.

48

49 **II. Politische Konsequenzen**

50

51 Für die weitere Zukunftsfähigkeit Thüringens fordert die JU Thüringen daher von der Lan-
52 desregierung und den Koalitionsfraktionen den eingeschlagenen Konsolidierungskurs mu-
53 tig und entschlossen voranzutreiben sowie eine umfassende Funktional- und Verwaltungs-
54 reform noch in der laufenden Legislaturperiode einzuleiten.

55 Die folgenden Thesen sollen die Handlungsabsicht der JU Thüringen für eine Funktional-
56 und Verwaltungsreform unterstreichen und die CDU - geführte Landesregierung bei deren
57 Umsetzung unterstützen:

58

59 **1. Für eine vernünftige und weiterhin gesicherte Aufgabenerfüllung**

- 60 • Die JU Thüringen fordert eine aufgabenkritische Untersuchung des staatlichen
61 Aufgabenbestandes einschließlich der kommunalen Pflichtaufgaben nach den Kri-
62 terien effizienten und effektiven Verwaltungshandelns.
- 63 • Dabei sind sämtliche Aufgaben ohne Ausnahme auf den Prüfstand zu stellen und zu
64 hinterfragen, ob die Aufgabe überhaupt oder in Teilen erfüllt werden muss bzw. be-
65 stehende Aufgaben entfallen können.
- 66 • Weiterhin ist zu prüfen, ob vorhandene Aufgaben vereinfacht oder zu Komplexen
67 zusammengefasst werden können und wie in diesem Zusammenhang Abläufe noch
68 weiter zu optimieren sind.
- 69 • Die Aufgabenkritik muss nach einheitlichen und für jedes Ressort geltenden Krite-
70 rien und Standards erfolgen. Davon isolierte Untersuchungen und Bestandsanaly-
71 sen sind nicht zielführend und tragen nur zur Verfälschung von Ergebnissen und ei-
72 ner mangelnden Aussagekraft bei.
- 73 • Wir begrüßen daher ausdrücklich die Einrichtung einer Stabsstelle in der Thüringer
74 Staatskanzlei, die eine ressortübergreifende Koordinierung und Bündelung von Re-
75 formbestrebungen gewährleisten soll.
- 76 • Die JU Thüringen fordert jeden Minister der Landesregierung dazu auf, sich für
77 konstruktive Reformen einzusetzen sowie parteipolitische Bestrebungen aus-
78 zuklammern. Einzelinteressen oder prestigeträchtige Ankündigungen losgelöster
79 Strukturveränderungen in der Öffentlichkeit sind zu unterlassen und gefährden nur
80 den Reformprozess.
- 81 • Bei einer angestrebten Ausgliederung von öffentlichen Aufgaben aus der Kernver-
82 waltung in privatwirtschaftliche Organisationsformen oder bei der gänzlichen
83 Übertragung auf Private ist es stets sinnvoll abzuwägen. Einerseits müssen Aufga-
84 ben bzw. Verwaltungsleistungen in mindestens ebenso guter Qualität erfüllt wer-
85 den und sich andererseits wirtschaftliche Effizienzgewinne mit spürbaren Entlas-
86 tungen einstellen.

87 • Besonders bei so genannten PPP-Projekten (Öffentlich-Private-Partnerschaften) ist
88 eher Zurückhaltung geboten. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass diese Privatisie-
89 rungsmaßnahmen in vielen Fällen langfristig nicht zu den gewünschten Einspa-
90 rungs- und Konsolidierungseffekten geführt haben. Vielmehr sind durch sehr lange
91 Laufzeiten und ungünstige Vertrags- oder Kooperationsmodelle die öffentlichen
92 Haushalte nachhaltig mehr belastet worden. Zudem stellen sich Effizienzgewinne
93 erfahrungsgemäß erst ab einem zwei- bis dreistelligen Millionen-Auftragsvolumen
94 ein. Dagegen haben sich PPP-Projekte in einzelnen Handlungsfeldern der Verkehrs-
95 und Infrastruktur, der Ver- und Entsorgung sowie im Öffentlichen Hochbau durch-
96 aus bewährt.

97

98 **2. Behördenstrukturen und Stellenabbaukonzept**

99 • Die JU Thüringen begrüßt ausdrücklich den Vorschlag in einem Landesorganisati-
100 onsgesetz die zukünftige Verwaltungsorganisation zu regeln. Ein solches Gesetz
101 schafft Rechtssicherheit und Rechtsklarheit und ist ein erster Schritt zu einer er-
102 folgreichen Verwaltungsreform. Dabei sollte das Gesetz so übersichtlich und ein-
103 fach wie möglich geregelt werden und nur die notwendigsten Strukturgrundsätze
104 darstellen. Die bestehenden Regelungen zum Verwaltungsverfahren, der Verwal-
105 tungszustellung und der Verwaltungsvollstreckung sollten jedoch in den Fachge-
106 setzen beibehalten werden und das Organisationsgesetz nicht unnötig verkompli-
107 zieren.

108 • Zukünftige und bestehende Strukturreformen in den Ressorts, insbesondere der-
109 zeit die Polizeistrukturenreform, die Reduzierung der Schulämter, die Umgestaltung
110 der Forstverwaltung oder die Neuausrichtung des Strafvollzugs, dürfen nicht losge-
111 löst voneinander ablaufen. Vielmehr müssen diese in ein Gesamtkonzept "Thürin-
112 ger Landesverwaltung 2020", das von der künftigen Stabsstelle in der Staatskanzlei
113 zu erstellen ist, integriert und auf die Konsolidierungsziele bis 2020 aufeinander
114 abgestimmt werden.

115 • Die JU Thüringen spricht sich für den Erhalt des Landesverwaltungsamtes als zent-
116 raler Mittelbehörde für den Freistaat aus. Als eines der flächenmäßig kleinsten
117 Bundesländer ist es für Thüringen die bessere Alternative zu Regierungsbezirken
118 oder ähnlichen Gliederungen und hat sich in der Aufgabenerfüllung grundsätzlich
119 bewährt.

120 • Wir setzen uns für eine weitere Verschlinkung der personell üppig ausgestatten
121 Ministerialverwaltung und dem generellen Abbau von Hierarchieebenen in Thürin-
122 gen ein.

123 • Möglichkeiten, die relativ hohe Zahl an Sonderbehörden zu reduzieren und in das
124 Landesverwaltungsamt einzugliedern, sind weiter auszuloten. Ein unnötiges Auf-
125 blähen des Landesverwaltungsamtes zu einer unübersichtlichen Mammutbehörde
126 lehnen wir allerdings ab. Soweit es sich nicht um landesweit tätige wissenschaft-
127 lich-technische Fach- oder Sonderbehörden handelt, gelten keine Tabus.

128 • Als weitere Alternative sind in diesem Zusammenhang auch verstärkt die Möglich-
129 keiten länderübergreifender Verwaltungszusammenarbeit und Vernetzung bei

130 sinnvollen Aufgaben (z. B. Strafvollzug, Verfassungsschutz und Polizei oder Wirt-
131 schäfts- und Tourismusförderung) aufzubauen.

132 • Der von der Landesregierung vorgegebene Stellenabbaupfad von 10.000 Stellen bis
133 zum Jahr 2020 ist weiterhin konsequent zu verfolgen.

134 • Für das Gelingen des Stellenabbaus sind ein schlüssiges Stellenabbaukonzept sowie
135 ein von der Landesregierung endlich zu verabschiedendes und auf langfristige Sicht
136 angelegtes Personalentwicklungskonzept für alle Ressorts unabdingbare Voraus-
137 setzungen. Nur mit beiden Instrumenten erhält das Land einen umfassenden Über-
138 blick über die gegenwärtige Personalsituation in der Landesverwaltung, kann wirk-
139 lichen Stellenabbau planen und umsetzen sowie die Arbeitsfähigkeit der Verwal-
140 tung sicherstellen.

141 • Trotz des vorgegebenen Stellenabbaus müssen die zukünftig ansteigenden Pensio-
142 nierungen und die damit verbundenen Lücken im Personalbestand, gerade bei
143 Fach- und Sonderaufgaben, die besonders qualifiziertes Personal erfordern, berück-
144 sichtigt werden. Stellenabbau darf nicht zu Lasten von Aufgabenerfüllung und Bür-
145 gerservice gehen. Damit die Arbeit in den Verwaltungen nicht liegen bleibt, sind
146 trotz Aufgabenkritik und Stellenabbau rechtzeitige Neueinstellungen und Über-
147 nahmen von jungen Menschen zu gewährleisten.

148 • Um dem auch in der Öffentlichen Verwaltung absehbaren Fachkräftemangel vor-
149 zubeugen, muss das Land gezielter junge Menschen für vielfältige Jobs in der Ver-
150 waltung ansprechen und dauerhaft an sich binden. Wichtige Erfolgsfaktoren sind
151 dafür wettbewerbsfähige Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen sowie at-
152 traktive berufliche Perspektiven. Es gilt in jedem Falle eine Abwanderung gut aus-
153 gebildeter und qualifizierter junger Menschen in andere Verwaltungen von Bund
154 und Ländern zu verhindern.

155

156 **3. Effektive und effiziente Kommunalstrukturen**

157 • Die JU Thüringen setzt sich für effiziente und bürgernahe kommunale Strukturen
158 ein. Die kommunalen Gebietskörperschaften bilden das unterste Glied im föderalen
159 Verwaltungsaufbau nach dem Bund und den Ländern und erfüllen wesentliche Teile
160 von deren Aufgaben für die Bürger. Daher hängen Kommunalstrukturen maßgeb-
161 lich von der Aufgabenlast und den Strukturen sowohl des Bundes als auch des Lan-
162 des ab.

163 • Ein Streit um die Reihenfolge von Funktional- und Strukturreformen ist aus Sicht
164 der JU Thüringen daher unnötig und macht nur klar, dass beide Reformteile gleich-
165 zeitig und nicht losgelöst voneinander zu betrachten und zu gestalten sind.

166 • Wir treten für eine offene, bürgernahe und zielführende Debatte mit allen kommu-
167 nalpolitischen und staatlichen Akteuren ein. Bürgerbeteiligung und der Wille für
168 Veränderungen vor Ort sind wichtiger als von oben diktierte bürokratische Reiß-
169 brettlösungen. Bei kommunalen Gebietsreformen ist Kommunikation ein Schlüssel
170 zum Erfolg. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die gewählten Verantwor-
171 tungsträger der Gemeinden, Städte und Landkreise mitgenommen werden und
172 nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, ist ein Erfolg umso wahrscheinli-

173 cher. Demokratische Beteiligung, Teilhabe und Transparenz sind dabei unverzicht-
174 bare Bestandteile.

175 • Die JU Thüringen lehnt Großkreise nach dem Vorbild der ehemaligen DDR-
176 Verwaltungsbezirke kategorisch ab. Dies kommt einem Schritt in die Vergangen-
177 heit gleich, der bewährte Kreisstrukturen zerstört, die heimatnahe Verbundenheit
178 der Thüringerinnen und Thüringer ausklammert sowie Bürgernähe und ehrenamtli-
179 ches Engagement mit Füßen tritt.

180 • Das Prinzip freiwilliger Gebietsänderungen mit einer zeitlichen Befristung hat Vor-
181 rang vor einer gesetzgeberischen Ordnung der Gebietsorganisation.

182 • Freiwillige Gebietsänderungen können bei Möglichkeit und in Übereinstimmung
183 mit der Haushaltskonsolidierung weiterhin mit zusätzlichen Finanzaufweisungen
184 gefördert werden.

185 • Eine andere Möglichkeit freiwillige Gebietsreformen zu fördern, sieht die JU Thü-
186 ringen in der Förderung von Gebietsänderungen durch Teilentschuldung, wie sie
187 bereits von anderen Bundesländern teilweise praktiziert wird. Besonders kleinere
188 Kommunen in strukturschwachen Gebieten befinden sich häufig in einer finanziell
189 heiklen Lage und sind wirtschaftlich auf Dauer nicht überlebensfähig. Schließen
190 sich Gemeinden oder Landkreise zu zukunftsfähigen Einheiten zusammen, können
191 sie auf Mittel der Teilentschuldungsfonds als weitere Konsolidierungshilfen hoffen
192 (z. B. Senkung der Kassenkredite). Die Hilfen müssen zeitlich befristet werden.

193 • Besonders die Stadt-Umland-Problematik wird sich in den nächsten Jahren fort-
194 entwickeln und neue Problembereiche schaffen. Kooperation und Koordination
195 sind hierbei die Schlüsselbegriffe. Neue Modelle in der kommunalen Zusammenar-
196 beit und grenzüberschreitende Partnerschaften zwischen Umland und Zentren
197 können dazu beitragen, Herausforderungen zu meistern. Neben Fusionen können
198 Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zu einem verbesserten Ressour-
199 ceneinsatz beitragen.

200

201 **4. Für eine weiterhin leistungsstarke Kommunalverwaltung**

202 • Leistungsstarke Landkreise, Städte und Gemeinden sind die Voraussetzung für
203 Entwicklungsperspektiven und die Zukunft von Thüringen. Sie sind identitätsstif-
204 tende Räume und strahlen für ihre Einwohner Heimatnähe aus. Leistungsschwache
205 Kommunen können dagegen zur Demokratieverdrossenheit beitragen, indem sie
206 weniger Entscheidungsspielräume für das Handeln künftiger Generationen bieten.

207 • Ziel muss es daher sein, leistungsstarke Kommunen mit einer arbeitsfähigen Ver-
208 waltung zu entwickeln, die weiterhin für ihre engagierten Bürgerinnen und Bürger
209 Grundleistungen vorhalten können. Nur so kann ein aktives Lebensumfeld geschaf-
210 fen und bewahrt werden.

211 • Um dieses Ziel zu erreichen, ist auszuloten, welche weiteren Aufgaben mit einem
212 hohen Anteil an Bürgernähe und örtlichem Bezug den Kommunen übertragen wer-
213 den können. Gleichzeitig muss es aber auch in Zeiten der demographischen Ent-
214 wicklung und sinkender Bevölkerungszahlen möglich sein, dass sich die Kommunen

- 215 auf das Ausscheiden älterer Mitarbeiter und die zunehmenden Aufgaben vorberei-
216 ten können.
- 217 • Abhilfe schaffen könnte ein passgenauerer Einsatz moderner Informations- und
218 Kommunikationstechnologien, wie zum Beispiel die kürzlich in Sachsen für den
219 ländlichen Raum eingeführten und Telefonzellen ähnlichen Bürgerterminals. Die
220 Bürgerinnen und Bürger werden über Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren,
221 Zuständigkeiten, Formulare, Fristen sowie Kosten informiert. Zudem ist per Video-
222 konferenz ein Verwaltungsmitarbeiter zugeschaltet und hilft beim Ausfüllen von
223 Formularen. Durch einen Scanner werden dem Servicemitarbeiter Dokumente zu-
224 gänglich gemacht. Eine kinderleichte Bedienung ermöglicht Jüngeren und Älteren
225 den Zugang. Ohnehin immer seltener werdende Behördengänge können so weiter
226 reduziert werden.
 - 227 • Akuten Handlungsbedarf zum Abbau von Personal sieht die JU Thüringen allerdings
228 auf der Ebene der kleinsten Gemeinden, die aufgrund ihrer mangelnden Verwal-
229 tungskraft Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft sind oder sich ihre Aufgaben
230 durch eine erfüllende Gemeinde bzw. Landgemeinde erbringen lassen. Es ist unver-
231 ständlich, dass sich diese Gemeinden trotzdem noch separate Bürosekretärinnen
232 oder Mitarbeiter leisten, obwohl die Verwaltungsarbeit durch andere erfolgt. Diese
233 Verwaltungskräfte arbeiten nur den ehrenamtlichen Bürgermeistern zu und dienen
234 nicht als zusätzlichen Ansprechpartner für die Bürger im Sinne eines Bürgerbüros.
235 Ansprechpartner in diesen Gemeinden sind ausschließlich die gewählten Verant-
236 wortungsträger, die für ihre ehrenamtliche Arbeit entschädigt werden.

1 **Ja zum Wasserspeicher – Energiewende nachhaltig gestalten**

2
3
4 Die Junge Union Thüringen unterstützt grundsätzlich den Bau des Wasserspeicherkraft-
5 werkes "Schmalwasser" im Thüringer Wald. Die von der Bundesregierung beschlossene
6 Energiewende muss nun auch in Thüringen mit Leben gefüllt werden. Dabei leistet die bis-
7 her einzige funktionale Speichermöglichkeit, das Wasserspeicherkraftwerk, einen ent-
8 scheidenden Beitrag. Wir werden das Projekt kritisch aber konstruktiv begleiten. Dabei ist
9 es uns wichtig, dass alle Eigenheiten des Thüringer Waldes und der Region berücksichtigt
10 werden. Wir sprechen uns gegen eine Verklärung und unsachliche Debatte aus. Die Junge
11 Union Thüringen sieht in dem Bau des Wasserspeichers eine große Chance für unseren
12 Freistaat. Gerade als junge Generation fühlen wir uns den Werten der Nachhaltigkeit be-
13 sonders verbunden.

14 Begründung:

15
16
17 Mit rund 1000 Megawatt wird das Trianel Wasserspeicherkraftwerk Schmalwasser eins der
18 größten Kraftwerke seiner Art in Deutschland. Das Wasserspeicherkraftwerk speichert
19 Energie, indem es Wasser aus der Talsperre Schmalwasser in Zeiten von hohem Energie-
20 aufkommen in ein höher gelegenes Oberbecken pumpt. Der genaue Standort für das
21 Oberbecken wird zurzeit erörtert. Derzeit wird ein Standort nahe des Rennsteiges favori-
22 siert.

23
24 Bei Bedarf kann das Wasser durch einen unterirdischen Stollen innerhalb kürzester Zeit
25 wieder abgelassen und in Strom umgewandelt werden. Die elektrische Energie wird in
26 Form von potenzieller Energie des Wassers gespeichert. Durch die unterirdische Lage der
27 technischen Einrichtungen, wie Pumpen und Turbinen, ist der Betrieb des Kraftwerks prak-
28 tisch emissionsfrei. Wasserspeicherkraftwerke sind eine erprobte Technologie und zeich-
29 nen sich durch einen hohen Wirkungsgrad aus. Am Standort Schmalwasser wird der Wir-
30 kungsgrad bei rund 80% liegen.

31
32 Da sich Wasserspeicherkraftwerke kurzfristig auf Schwankungen im Netz einstellen, sind
33 sie besonders wertvoll für die Sicherung der Stromversorgung. Wasserspeicherkraftwerke
34 sind kaltstartfähig. Das heißt, man kann innerhalb von Minuten Strom zur Verfügung stel-
35 len.

36
37 Mit dem Bau des Trianel Wasserspeicherkraftwerks Schmalwasser wird die Sicherheit der
38 Energieversorgung erhöht und die Integration der Erneuerbaren Energien befördert.

1 **Kein generelles Alkoholverbot in Thüringens Innenstädten**

- 2
3
4 1. Die Junge Union Thüringen spricht sich gegen ein generelles Alkoholverbot in Thü-
5 ringens Städten aus.
6
7 2. Gleichzeitig fordern wir, dass gegen Alkoholmissbrauch und Vandalismus in der Öff-
8 fentlichkeit mit den bereits bestehenden Möglichkeiten konsequent vorgegangen
9 wird.

10
11 Begründung:

12
13 Thüringens Innenstädte müssen offene Orte der Begegnungen bleiben. Ein gemütliches
14 Feierabendbier im Jenaer Paradies oder das Sektfrühstück an der Erfurter Krämerbrücke
15 sollten nicht in Frage gestellt werden. Gleichzeitig ist es schon heute möglich, dass Polizei
16 und Ordnungsämter auf Alkoholmissbrauch und Vandalismus beispielsweise mit Platzver-
17 weisen reagieren können. Dies sollte ausgebaut werden. Verbote sollten in unserer Gesell-
18 schaft das letzte Mittel sein. Zudem würde ein Alkoholverbot zu einer Verlagerung des
19 missbräuchlichen Konsums in die Randgebiete führen, womit niemandem geholfen wäre.
20 Schließlich müsste das Alkoholverbot für öffentliche und kommerzielle Veranstaltungen
21 (Wein- bzw. Volksfeste...) ständig aufgeweicht werden, was zur Unglaubwürdigkeit der
22 Maßnahme und zu einem erhöhtem Verwaltungsaufwand führen würde.

1 **Wirtschaft und Staat – auf dem Weg zur Vollbeschäftigung**

3 Aktuelle Lage

5 Mit Beginn des Jahres 2012 sind nun mehr als 41 Millionen Bundesbürger in Lohn und
6 Brot. Eine solch hohe Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter gab es noch nie
7 in Deutschland. Angesichts der demografischen Entwicklung steht zu erwarten, dass dies
8 der Scheitelpunkt der Beschäftigtenzahl Deutschlands sein wird. Die zu erwartende
9 Abnahme der Beschäftigtenzahl wird dann jedoch durch den Rückgang des vorhandenen
10 Erwerbspersonenpotenzials bestimmt sein.

12 Seit dem Jahr 2000, insbesondere nach der Reform des Arbeitsmarktes im Rahmen der
13 Agenda 2010 ging die Anzahl Arbeitsloser kontinuierlich zurück. Die Flexibilisierung des
14 Arbeitsmarktes als auch die Aktivierung Arbeitsloser durch finanzielle Anreizsetzung
15 führte zu mehr als 1,4 Millionen neuen Arbeitsplätzen über die konjunkturelle
16 Normalentwicklung hinaus. Die von den weitsichtig agierenden Gewerkschaften
17 praktizierte Lohnzurückhaltung führte zu einer Rückgewinnung kompetitiver Vorteile
18 gegenüber anderen europäischen Ländern. Auch die tariflichen Vereinbarungen für
19 Härtefälle, die bei Krisensituationen eine befristete untertarifliche Bezahlung bzw.
20 Beurlaubung der Angestellten ermöglichten, erlaubten Arbeitgebern Engpässe
21 durchzustehen und Arbeitnehmern eine Jobgarantie auch in Krisenzeiten zu
22 gewährleisten. In Thüringen zeigten die jüngsten Wirtschaftskrisenjahre 2009/2010, dass
23 tatsächlich viele Unternehmen auf flexible Arbeitszeitmodelle zurückgriffen. Dabei wurde
24 in vielen Fällen z.B. auf das Kurzarbeitergeld (KUG) zurückgegriffen und dabei festgestellt,
25 dass in Mittelthüringen kein Unternehmen in Weimar/Apolda, Erfurt, dem Ilm-Kreis oder
26 in Sömmerda bei ihren Angestellten/Arbeitern bei den Lohnzahlungen gegen Gesetze
27 verstieß. Gleichzeitig war der Arbeitsmarkt erstaunlich stabil. Hier zeigt sich, dass die
28 Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes maßgebend für den aktuellen Erfolg ist. Die
29 Junge Union Thüringen setzt sich daher dafür ein, diese Flexibilität zu bewahren.

31 Stärke durch Vielfalt

33 Derzeit existieren ca. 73.000 als gültig in das Tarifregister eingetragene Tarifverträge. Als
34 allgemeinverbindlich gelten 476 (245 Ursprungs- und 231 Änderungs- bzw.
35 Ergänzungstarifverträge), darunter 173, die (auch) in den neuen Bundesländern gelten. In
36 Ostdeutschland waren im Jahr 2010 50% der Beschäftigten tariflich gebunden. In
37 Westdeutschland waren es 63%. Diese Vielfalt trägt der Heterogenität der deutschen
38 Wirtschaft Rechnung. Gleiches soll - wenn möglich - gleich, Unterschiedliches aber auch
39 konsequent unterschiedlich behandelt werden. Branchen ohne Tarifbindung, die
40 nachweislich Lohnniveaus eklatant unterhalb des impliziten Mindestlohnes aufweisen,
41 sollten jedoch wieder in eine Tariflohnstruktur eingebunden werden. Dabei ist jedoch zu
42 beachten, dass die Freiheit der Tariffindung von staatlicher Gängelung Grundpfeiler
43 unserer sozialen Marktwirtschaft ist und bleiben muss.

45 Die Junge Union Thüringen steht daher zu der Rolle der Gewerkschaften und
46 Arbeitgeberverbände als Verantwortliche zur Wahrung des gesellschaftlichen Friedens.

47 Die Bewahrung der wirtschaftlichen Vielfalt und die Entmündigung der Gewerkschaften
48 durch politische Übervorteilung und direkter Einmischung in den Tariffindungsprozess
49 z.B. mittels politisch motivierter Mindestlohnforderungen lehnen wir ab.

50

51 Lernen - aus der Geschichte und von der Wissenschaft

52

53 Darüber hinaus stehen wir dafür ein, Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor staatlicher
54 Überregulierung zu schützen. Während Ordnungsrahmen selbstverständlich politisch
55 gesetzt werden sollen, ist der direkte Eingriff in den Marktmechanismus Lohnfindung
56 mittels gesetzlicher Mindestlohnhöhe abzulehnen. Die Junge Union Thüringens ist sich
57 bewusst, dass der Staat mit geplanten Preissetzungen schlicht überfordert ist. Dies
58 erwächst auch aus der noch jungen Erfahrung der unsäglichen Experimente des
59 Staatssozialismus in der DDR: Umweltzerstörung, Ressourcenverschwendung,
60 Mangelwirtschaft und das Unterminieren selbständiger Entscheidungen wird es mit uns
61 nicht erneut geben.

62

63 Ein Großteil der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur zeigt, dass von einzuführenden
64 Mindestlöhnen negative Beschäftigungswirkungen zu erwarten sind. Nur unter speziellen
65 Annahmen, wie anormal verlaufenden Arbeitsangebotskurven bei einer
66 monopsonistischen Marktstruktur, entfalten Mindestlöhne beschäftigungsneutrale oder
67 sogar positive Wirkung. Die Junge Union Thüringen lehnt es jedoch ab, exotische
68 Annahmen als Grundlage wirtschaftspolitischen Handelns zu nutzen. Gerade auch die
69 empirische Evidenz legt negative Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen nahe. Für
70 Deutschland ist mit einer negativen Arbeitsnachfrageelastizität von bis zu -0.75 zu
71 rechnen. Das heißt, dass bis zu 1,9 Mio. Arbeitsplätze bei der Einführung eines
72 allgemeinen Mindestlohnes größer 9,-€ wegfallen könnten.

73

74 Absehbar sind auch politische Bieterwettkämpfe um höhere Mindestlöhne – dieses
75 Einfallstor für Populismus werden wir nicht öffnen. Politisch opportune und
76 halbwissenschaftlich untersetzte Mindestlohnforderungen variierten seit 2006 zwischen
77 5,- und bis zu 15,- Euro. Die abzusehenden fiskalischen Kosten für Arbeitslosigkeit durch
78 Steuerausfälle schwanken somit beträchtlich. Die Anstrengungen zur Konsolidierung der
79 Staatsfinanzen dürfen nicht konterkariert werden, indem Wahlversprechen über den
80 Umweg der Mindestlohnerhöhungen in der Wirtschaft hohen Schaden am
81 Volkseinkommen verursachen. Die Junge Union Thüringen macht sich dafür stark, dass
82 Steuermittel vermehrt für zukunftsfördernde Maßnahmen, wie Bildung, zur Verfügung
83 gestellt werden, anstatt es der Konsequenz staatlicher Misswirtschaft am Arbeitsmarkt,
84 sprich für zusätzlich benötigte Endgeltersatzleistungen nach SGB II, zu verwenden.

85

86 Die Junge Union Thüringen bekennt sich zur freien Entscheidung der Tarifpartner über die
87 Lohnfrage im Rahmen des bestehenden Tarifsystems. Wir treten für starke
88 Rahmenbedingungen ein und lehnen politisch gesetzte Mindestlöhne ab, da dies zu einer
89 erhöhten Inanspruchnahme von Entgeltersatzleistungen führt. Davon wären vor allem
90 Geringqualifizierte, teilzeitarbeitende Mütter und Väter sowie andere bisher atypische
91 Beschäftigte durch den drohenden Arbeitsplatzverlust betroffen. Eine politisch
92 unabhängige, durch Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite besetzte

93 Mindestlohnkommission, die für nicht-tarifgebundene Branchen regional- und
94 branchenspezifische Lohnuntergrenzen festlegt, wird begrüßt.

95

96 Lohngefüge

97

98 Die seit 2004 massiv entstandenen Arbeitsplätze wurden hauptsächlich im
99 Dienstleistungssektor geschaffen und bieten vor allem Niedrig- und Geringqualifizierten
100 die Möglichkeit zum selbständigen Einkommenserwerb. Vormalig Arbeitslose verrichten
101 nun „atypische Beschäftigung“. Dieser Zuwachs Arbeitsplätzen mit geringen Einkommen
102 zeigt sich nun im Anteil der Lohndifferenzbetrachtung. Diese wird heran gezogen, um die
103 oberen 90% der Einkommen mit den unteren 10% zu vergleichen. Kommen nun mehr
104 Menschen im unteren Bereich der Einkommensschere hinzu, verlangt die statistische
105 Logik, ein Auseinander-Gehen dieser Schere. Leicht kann es daher zu Fehlinterpretationen
106 der „Schere zwischen hohem und geringem Einkommen“ kommen. Wenn das
107 Auseinanderdriften innerhalb dieses rhetorischen Bildes bedingt wird durch ein
108 Inarbeitkommen von über einer Million vormalig arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger,
109 sollte die Wirkung der steigenden Differenz nicht alarmierend sein. Vielmehr ist das Bild
110 trügerisch und deren Anwendung nur durch die Intuition verschleiender Rhetorikwirkung
111 zu begründen. Das selbstverantwortliche Arbeiten und der Zusammenhang zwischen
112 Initiative, Eigentum und Haftung müssen wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit
113 gerückt werden.

114

115 Die Junge Union Thüringen fordert daher die forcierte Verwendung von Indikatoren die
116 die sinkende Staatsabhängigkeit positiv herausstellen sollen. Die sinkende
117 Arbeitslosigkeit, die steigende Erwerbstätigkeit aber auch die Reduzierung der
118 Regelungsdichte auf dem Arbeitsmarkt und die resultierende Flexibilisierung sollten
119 adäquat abgebildet werden können. Reformbemühungen und eine prosperierende
120 Wirtschaft können so in einen Zusammenhang gebracht und auch über Länder hinweg
121 verglichen werden.

122

123 Potenziale und deren Nutzung

124

125 Die Bevölkerung in Deutschland sinkt. Bis 2060 geht das Erwerbspersonenpotenzial um
126 ein Drittel zurück, wenn die Einwanderungszahlen unverändert bleiben. Bei einem zu
127 erwartenden Bevölkerungsrückgang auf ca. 73 Mio. ist der Nachschub an Arbeitskräften
128 nur durch steigende Löhne sicherzustellen. Für das abzusehende Ingangsetzen des
129 Marktmechanismus und der resultierenden Anhebung der Löhne wird der Staat nicht
130 benötigt. Auch in Thüringen werden Fach- und Arbeitskräfte knapp. Die Junge Union
131 Thüringen fordert daher die Thüringer Wirtschaft auf, durch eine attraktive
132 Lohngestaltung, neue Mitarbeiter zu gewinnen, also ihr eigenes Bestehen zu
133 gewährleisten und somit Thüringen fit für die Zukunft zu machen.

1 **Europa in Thüringen weiter denken**

2
3 Die Europäische Union und Thüringen sind seit 1990 kulturell, wirtschaftlich und politisch
4 eng miteinander verknüpft. Während der Freistaat mit der deutschen Einheit über Nacht
5 nicht nur ein Teil des geeinten Deutschlands, sondern auch der EU wurde, haben die
6 Thüringer in den vergangenen zwei Dekaden eine beeindruckende Form der Solidarität in
7 Form von EU-Förderungen verschiedener EU-Förderprogramme erhalten. Thüringen war,
8 wie die anderen jungen Länder auch, Ziel 1-Fördergebiet der EU und erhielt in der
9 höchsten Förderstufe Mittel wie z.B. für Dorferneuerungsprojekte, soziale
10 Fördermaßnahmen, Innovations- und Infrastrukturmittel sowie Subventionshilfen für die
11 Landwirtschaft.

12 Da 2013 der derzeitige Haushaltsplan der EU ausläuft und der Haushalt für den Zeitraum
13 2014-2020 die Mittelvergabe für die nächsten Jahre festlegt, ist es im Interesse des
14 Freistaates auch weiterhin gefördert zu werden und den Aufbauprozess als eines der
15 Neuen Länder erfolgreich abschließen zu können. Die Mitglieder der Exekutive und
16 Legislative sind daher aufgefordert, einen Maximalbeitrag für die nächste Förderperiode
17 politisch zu beanspruchen und entsprechend der Interessen Thüringens in den politischen
18 Gremien und der Öffentlichkeit auch zu verteidigen. Thüringen wird bis 2020 kein Ziel 1-
19 Fördergebiet mehr sein können – das gebietet die Solidarität mit den neuen EU-
20 Mitgliedsstaaten in Ost- und Südeuropa. Der Bedarf als Übergangsbereich zwischen Ziel 1-
21 und Ziel 2- Gebieten, ist jedoch ein Status den Thüringen erhalten muss und auf den der
22 Freistaat wirtschaftlich und politisch vorerst angewiesen bleibt. Der Mittelbedarf für
23 diesen Förderzeitraum liegt für Thüringen bei 840 Mio. Euro (Europäischer Fond für
24 regionale Entwicklung, EFRE-Mittel), 560 Mio. Euro (Europäischer Sozialfond, ESF-Mittel)
25 und bei ca. 500 Mio. Euro (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des
26 ländlichen Raums, ELER-Mittel). Nur unter den Rahmenbedingungen dieser
27 Unterstützungsmittel bleibt der Freistaat bis 2020 finanzierbar.

28 Da die europäischen Mittel 2020 auslaufen werden und Thüringen, bei allen positiven
29 Entwicklungen aber auch langfristigen Hausaufgaben, kein Gebiet mit Förderschwerpunkt
30 in Europa bleibt, ergeben sich für die Junge Union Thüringen folgende Forderungen:

- 31 - Die EU-Fördermittel werden bis 2020 abschmelzen. Damit muss eine Verringerung
32 des Thüringer Haushaltes einhergehen um nicht in eine Schuldenspirale zu
33 gelangen.
- 34 - Exekutive und Legislative sind zu einem politischen Eintreten für die Thüringer
35 Interessen in Brüssel aufgerufen, um eine finanzstarke und planbare
36 Haushaltspolitik betreiben zu können.
- 37 - Neben allen sonstigen Projekten muss der Schwerpunkt der EFRE-Mittel im Ausbau
38 der digitalen Kommunikationsinfrastruktur liegen, um Thüringen bis 2020 zum
39 Vorreiter der Breitbandtechnologie für medizinische, soziale und politische
40 Dienstleistungen zu entwickeln.

41 - 42 **Die Marke „Thüringen“ in Europa etablieren**

43 Der Wettbewerb um Investitionen und Tourismuszentren findet heute nicht mehr nur auf
44 nationalstaatlicher Ebene, sondern in einem direkten Wettbewerb zwischen den Regionen
45 und Ländern statt. Andere Bundesländer werben im Ausland (jenseits von Brüssel) mit
46 Verbindungsbüros für die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und touristischen
47 Attraktionen ihrer Heimat. Das jüngste Beispiel des Freistaates Sachsen zeigt, dass mit
48 Verbindungsbüros in Prag und in Breslau, einerseits besondere politische Beziehungen
49 gewürdigt, aber vor allem für die Interessen Sachsens im Ausland aktiv geworben wird.

50

51 Die Junge Union Thüringen erkennt den starken Nutzen dieser Verbindungsbüros in der
52 Brückenfunktion zu ausländischen Regionen an, um Beziehungen auf- und auszubauen,
53 Investitionen zu gewinnen, Studenten und Facharbeiter von den Arbeits- und
54 Entwicklungschancen zu unterrichten und Touristen ein attraktives Angebot für den
55 Freistaat unterbreiten zu können. Daher fordern wir:

- 56 - Legislative und Exekutive sollen einen Strategieplan für die Etablierung der Marke
57 Thüringens über die Landesgrenzen hinaus erarbeiten. Dabei soll der Bedarf für
58 Wirtschaftsinvestitionen, ausländische Fachkräfte z.B. im Bereich der sozialen
59 Pflege, Studenten für die Thüringer Hochschullandschaft sowie die touristische
60 Auslandsvermarktung berücksichtigt werden.
- 61 - Die Landesregierung soll einen Plan zur Öffnung von strategischen
62 Verbindungsbüros in Polen (Krakau), Russland (Sankt Petersburg) sowie in China
63 (Shanxi-Provinz) erarbeiten. In Polen und China hat der Freistaat bereits
64 Partnerregionen, mit denen seit Jahren partnerschaftlich zusammengearbeitet
65 wird. Russland ist für Thüringen ein weiterer interessanter wirtschafts- und
66 kultureller Partner. Die Arbeit sollte hier intensiviert werden.

In Freiheit leben. Heimat gestalten. Leistung wollen.
Thesen zur Diskussion zum Grundsatzprogramm der JU Thüringen

- 1
2
3
4
5 1. Im Zentrum des Handelns der Jungen Union Thüringen stehen die Interessen der
6 jungen Thüringer zwischen 14-35 Jahren. Unser Kernanliegen ist daher die Genera-
7 tionengerechtigkeit. Es ist unser Anspruch als eigenständige politische Kraft zu
8 agieren und selbstständige Vorschläge zu allen politisch relevanten Themen zu un-
9 terbreiten. Wir treten für eine generationengerechte, nachhaltige und zukunftsori-
10 entierte Politik ein.
- 11 2. Besonders aus der Erfahrung zweier menschenverachtender Diktaturen auf Thürin-
12 ger Boden stehen Freiheit und Demokratie im Zentrum unserer Politik. Aus unserer
13 Geschichte mit der NS-Diktatur und der SED-Diktatur leiten wir die Verantwortung
14 ab, die Erinnerung an diese Kapitel deutscher Geschichte wachzuhalten. Erinne-
15 rungskultur hat deshalb einen besonderen Stellenwert. Toleranz, Weltoffenheit so-
16 wie die Menschen- und Bürgerrechte sind für uns unverhandelbar. Gewalt als Mittel
17 der Politik lehnen wir strikt ab.
- 18 3. Werte und Normen sind für eine Gesellschaft unabdingbar. Gerade in Zeiten zu-
19 nehmender Fragmentierung und Individualisierung bekennen wir uns zu Tugenden
20 wie Höflichkeit, Fleiß, Verantwortung, Verlässlichkeit und Respekt gerade vor der
21 Leistung Älterer.
- 22 4. Unsere Politik basiert auf dem christlichen Menschenbild. Das jüdisch-christliche
23 Erbe ergänzt durch die Aufklärung haben auch Thüringen entscheidend geprägt.
24 Nächstenliebe, Solidarität und Gerechtigkeit ergeben sich für uns aus dieser Wur-
25 zel. In der Jungen Union Thüringen arbeiten Anhänger unterschiedlicher Religions-
26 gemeinschaften und Religionslose geprägt durch große Toleranz und großes Ver-
27 ständnis miteinander.
- 28 5. Solidarität mit Schwächeren ist für uns selbstverständlich. Wir leiten unsere Ver-
29 antwortung gegenüber Schwächeren aus unserem christlichen Menschenbild ab.
30 Eine Gesellschaft kann nur im gewinnbringenden Miteinander funktionieren. Jeder
31 muss abhängig von seinen Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Erfolg beitragen.
- 32 6. Das menschliche Leben und dessen Würde ist ein zentraler Punkt des christlichen
33 Menschenbildes, auf das wir unsere Politik aufbauen. Jedes menschliche Leben ist
34 wertvoll. Die christlichen Werte und die grundgesetzlich verankerte Menschenwür-
35 de verpflichten uns zum Schutz geborenen und ungeborenen Lebens
- 36 7. Die Junge Union Thüringen ist ein moderner, liberal-konservativer Jugendverband.
37 Dabei sind wir stets offen für Innovationen, ohne dabei unsere Grundsätze und Be-
38 währtes aufzugeben.
- 39 8. Leistung muss sich lohnen. Unabhängig von den persönlichen Voraussetzungen
40 und den familiären und sozialen Gegebenheiten muss Anstrengung gesellschaftli-
41 che Anerkennung und Förderung erhalten. Wir treten für Chancengerechtigkeit ein
42 und sind gegen Gleichmacherei.
- 43 9. Wir sind stolz auf unsere Heimat Thüringen. Hier sind Kultur, Innovation und Herz-
44 lichkeit zu Hause. Die Natur des Freistaats ist einzigartig schön. Deshalb verpflich-
45 ten wir uns, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und den Bestand des
46 Freistaates dauerhaft zu sichern. Nachhaltigkeit ist für uns ein leitendes Hand-
47 lungsprinzip.
- 48 10. Der Staat ist nach unserem Verständnis vor allem für die körperliche 37 körperliche
49 Unversehrtheit und die grundlegende soziale Sicherheit der Bürger zuständig. Dar-

- 50 über hinaus sehen wir den Staat in der Rolle die Rahmenbedingungen für mündige
51 Bürger zu schaffen, die sich frei entfalten sollen.
- 52 11. Die Thüringer Union ist unsere Mutterpartei. Ihr gegenüber positionieren wir uns
53 als eigenständiger konstruktiv-kritischer Verband.
- 54 12. Die kleingliedrige Landkreisstruktur Thüringens ist historisch gewachsen und hat
55 sich in weiten Teilen bewährt. Dennoch sind kleinere vor Ort gewollte Anpassungen
56 und eine größere Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen nötig.
57 Anonyme Großkreise lehnen wir entschieden ab.
- 58 13. Wir stehen für ein gegliedertes und durchlässiges Schulsystem, das dafür sorgt,
59 dass jedes Kind nach seinen individuellen Fähigkeiten gefördert wird, seine Chan-
60 cen erhält und Thüringen Spitze bei der Bildung bleibt.
- 61 14. Wir stehen für eine kinderfreundliche Gesellschaft, die den Nachwuchs finanziell
62 und vor allem ideell fördert. Die klassische Familie (Vater, Mutter, Kind(er)), wie sie
63 dem christlichen Menschen- und Familienbild entspricht, sollte dabei im Zentrum
64 der Förderung stehen. Alle Lebensformen, wo unterschiedliche Generationen Ver-
65 antwortung füreinander übernehmen sind für uns wichtig. Wir respektieren aus-
66 drücklich auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.
- 67 15. Die Freiheit des Internets ist ein hohes Gut. Dennoch ist das Internet selbstver-
68 ständlich kein rechtsfreier Raum. Die Meinungsfreiheit im Netz muss bei Straftaten
69 und menschenverachtenden Äußerungen eingeschränkt werden. Das Urheberrecht
70 ist daran anzupassen und muss zukünftig einen gerechten Ausgleich zwischen den
71 finanziellen Interessen der Produzenten und den Interessen nach unkompliziertem
72 Zugang zu Medien der Nutzer herstellen.